



Arbeitnehmer- **KURIER**

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER ÖÖ



Die neue Arbeiterpartei:

**61% der Arbeiter
wählen freiheitlich!**

Seite 3

Zielpunkt-Pleite:

**Regierung versagt
wieder**

Seite 2

Sozialmissbrauch abstellen:

**FA fordert Foto
auf E-Card**

Seite 5

Rechtssicherheit:

**13. und 14. Einkommen
im B-VG sichern**

Seite 5

Bundesregierung reagiert nur halbherzig bei Zielpunkt-Pleite



Die Insolvenzanündigung von Zielpunkt, samt dem bekanntgewordenen dubiosen Immobiliendeal, ist für die Freiheitlichen Arbeitnehmer als dringlicher Arbeitsauftrag für die Regierung zu verstehen. „Priorität muss sein, die über 2.700 Mitarbeiter in Beschäftigung zu halten, denn diese haben die Pleite am allerwenigsten verursacht. Hinter Mitarbeitern stehen zudem Familien, die es auch nicht verdient haben, kurz vor Weihnachten mit so einer Hiobsbotschaft konfrontiert zu werden“, hebt der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer die Tragweite der Zielpunktinsolvenz hervor. Noch nicht abzuschätzen sei zudem, wie sich diese Pleite auf Zulieferfirmen und deren Beschäftigte auswirken werde.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer fordern daher ein rasches Han-

deln der Bundesregierung, damit diese Mitarbeiter samt deren Familien nicht im Regen stehen gelassen werden. „In einer Nacht und Nebelaktion wurde eine marode Bank verstaatlicht, ein Durchgriffsrecht zur Unterbringung von Flüchtlingen beschlossen, der Tagsatz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge signifikant erhöht oder auch die Ruhezeiten für Busfahrer für deren Transport außer Kraft gesetzt“, erinnert Gerhard Knoll an vergangene Ho-Ruck-Aktionen der rotschwarzen Bundesregierung in anderen Angelegenheiten.

„Für Banken und zugewanderte Menschen ist die Regierung immer sofort zur Stelle, während für die Zielpunkt-Betroffenen bisher hauptsächlich kollektiver Katzenjammer von Faymann und Co zu hören war. Wenn in Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit fast

3000 Menschen plötzlich unverschuldet arbeitslos sind, sind Abfederungsmaßnahmen erforderlich. Es kann nicht sein, dass die Regierung einerseits jeden Beliebigen ohne jegliche Überprüfung in unser schönes Land lässt und andererseits die eigene Bevölkerung bei sozialen Ausnahmesituationen dem eigenen Schicksal überlässt und im Regen stehen lässt“ verdeutlicht Knoll die Handlungspflicht der Bundesregierung.



FA-Landesobmann
Gerhard Knoll

OÖ-Landtagswahl: 61% der Arbeiter wählten FPÖ

Die FPÖ ist die Arbeiterpartei schlechthin. Zumindest in Oberösterreich, wo bei der jüngsten Landtagswahl 61 Prozent der Arbeiter für die Freiheitlichen votierten. Dies geht aus der Wahltagsbefragung von ISA/SORA hervor.



Landtagsabgeordneter
Rudolf Kroiß

Lediglich 15 Prozent machten dagegen bei der SPÖ ihr Kreuzerl, 21 Prozent bei der ÖVP. Auch die Lügenkampagne von FSG und SPÖ gegen die FPÖ und allen voran Manfred Haimbuchner konnte das historische Debakel der SPÖ nicht verhindern. In sämtlichen oberösterreichischen Großbetrieben wie VOEST oder MAN und auch im sozialen Netzwerk verbreiteten die Haimbuchner Forderungen und Standpunkte unterstellten, die er nie vertrat. FA und FPÖ reagierten professionell mit einer Klarstellungskampagne mit unseren FA-Betriebsräten in den Betrieben und auch im sozialen Netzwerk und konnten so die Schmutzkübelkampagne der SPÖ entkräften. Aus Sicht der FA ist es auch sehr erfreulich, dass mit Rudi Kroiß nun ein Mann aus den eigenen Reihen im Landtag als Abgeordneter vertreten ist. Die FA OÖ wünscht Rudi alles Gute für seine neue Aufgabe.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Günther Steinkellner
Landesrat

Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Eimar Podgorschek
Landesrat

Heimat im Herzen
Gemeinsam für unser Land

Die Menschen. Das Land. Unsere Berufung.

AK-Vollversammlung

FA Resolution „Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit“



Anlässlich der immer noch brandaktuellen Flüchtlingskrise, die ja eigentlich aus freiheitlicher Sicht eine Völkerwanderung ist, forderte die FA in einer Resolution, dass das geltende Recht wie u.a. Dublin II endlich wieder eingehalten wird. Außerdem nahm Gerhard Knoll Stellung zur leidigen Quoten-Diskussion im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik.

„Die Quotendiskussion ist die unnötigste Diskussion die es aktuell gibt. Quoten lösen dieses Problem nicht, sondern verschieben es nur. Man stelle sich vor, es wird beschlossen jedes EU Land muss 1,5% der jeweiligen Bevölkerungszahl aufnehmen. Die Völkerwanderung hält an und irgendwann sind die 1,5% überall erreicht. Was ist dann? Erhöht man dann auf 3% oder 5%“, stellte Knoll der Vollversammlung die Fra-

ge aus der rein rechnerischen Problematik. Das wesentlich größere Problem sei aber aus FA Sicht ein ganz anderes: „Jetzt werden die Menschen mit dem Quotenschlüssel verteilt. Es kommen welche nach Deutschland, Österreich, aber auch nach Polen, Rumänien, Bulgarien und Lettland. Die Flüchtlinge kommen schließlich in Polen, Rumänien, Bulgarien oder Lettland an und deren Begeisterung wird sich dort

in Grenzen halten. Denn dort gibt es nicht DEN Sozialstaat, der ihnen suggeriert worden ist. Die werden daher nicht in diesen Ländern bleiben. Und was machen die dann? Aufgrund der Reisefreiheit innerhalb der EU begeben sie sich sofort wieder in Richtung Deutschland, Österreich oder Schweden. Denn da wollten sie ja schließlich auch hin“ erläuterte der FA Landesobmann die Sinnlosigkeit der Quotendiskussion.

Knoll neuer AK-Vorstand

Bei der AK Vollversammlung kam es auch zu einem Wechsel im Vorstand der AK. FA Landeschef Gerhard Knoll wurde für die Freiheitlichen Arbeitnehmer in den Vorstand gewählt. „Ich freue mich auf meine neue Aufgabe“, kündigt Knoll an, dass er besonderes Hauptaugenmerk darauf legen wird, dass sich die Arbeiterkammer wieder mehr für die arbeitenden Menschen in diesem Land einsetzt. „Die Arbeitnehmer sind die Leis-

tungsträger unserer Gesellschaft. Sie brauchen eine starke Vertretung und keine Orchideen-Themen wie etwa das Binnen-I als arbeitnehmerpolitische Inhalte“ stellt AK-Vorstand Knoll klar. „Der neu gewählte AK-Vorstand Gerhard Knoll weiß aus seiner täglichen Erfahrung, wie es den Beschäftigten geht und welche Probleme sie haben“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer im Zuge der Angelobung bei der AK-Vollversammlung.





FA Forderung: E-Card mit Foto ausstatten

Die zweite Resolution der Freiheitlichen Arbeitnehmer war die Forderung, dass die E-Card mit einem Foto des Versicherten ausgestattet ist. Es ist nun einmal Tatsache, dass ohne ein Foto der jeweiligen Versicherten der Missbrauch ganz einfach und problemlos möglich ist.

Ob unbewusst, wenn eine Karte verloren geht, oder bewusst beim sogenannten E-Card Tourismus. 2014 wurden alleine in Oberösterreich 23.000 E-Cards als verloren oder gestohlen gemeldet.

Bis der Versicherte das auch tatsächlich bemerkt bzw. meldet und die Karte folglich auch gesperrt wird, kann die Karte uneingeschränkt missbräuchlich verwendet werden. Dazu kommt dann noch der ganz bewusste Missbrauch, wo beispielsweise

Plomben auf Zähne kommen, die bereits gezogen oder erst kürzlich plombiert wurden. Die FA zählte einige Fälle von bekannt gewordenen nachweislichen Missbrauchsfällen auf. Es wäre ein einmaliger Aufwand, die E-Card sowie Führerschein oder Studentenausweis eben auch mit einem Foto auszustatten. Längerfristig würde sich dieser einmalige Aufwand auf alle Fälle lohnen. Diese Resolution wurde schließlich - so wie die beiden anderen - einem Ausschuss zugewiesen.

Aufgedeckt!

Die FA berichtete, dass sich ein Spezialteam der Wiener GKK zwei Jahre mit Missbrauchsfällen befasst hat und dabei hunderte Fälle mit einem Schaden von 1,2 Mio Euro aufgedeckt hat.

OÖGKK Obmann Albert Maringer bestätigte zwar diesen Bericht, tat dies aber lapidar ab, da es sich beim Schaden nur um ein paar Promille der umgesetzten Jahressumme handelt.



13. und 14. Einkommen im B-VG verankern



Die Freiheitlichen Arbeitnehmer forderten in der dritten Resolution, dass das 13. und 14. Einkommen endlich gesetzlich verankert wird. Um dem Urlaubszuschuss und der Weihnachtsremuneration einen besonderen gesetzlichen Schutz zu gewährleisten, forderte die FA die gesetzliche Verankerung als Bundesverfassungsgesetz. Da es nach wie vor bestimmte Berufsgruppen gibt, die im Jahr 2015 tatsächlich noch immer kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld bekommen, ist es erforderlich dies endlich gesetzlich durchzuführen. AK-Rat und MAN Betriebsrat Patrick Holländer sprach diese Problematik deutlich an und nannte einige Fälle.

FA Bundesvorstand in Innsbruck

Von 20. bis 22. November traf der FA Bundesvorstand in Innsbruck zur Vorstandssitzung und zu einem Seminar zur Weiterbildung zusammen. Empfangen wurde der FA Bundesvorstand im AK-eigenen Bildungshaus Seehof vom Tiroler AK-Präsidenten Erwin Zangerl.

Die jüngsten Wahlerfolge der FPÖ in Oberösterreich und Wien waren natürlich in Tirol Gesprächsthema. Auch der Tiroler FPÖ Landesobmann Mag. Markus Abwerzger kam zu einem gemütlichen Kamingespräch zu den Freiheitlichen Arbeitnehmern. FA Bundesobmann Ing. Bernhard Rösch hat nach der Wiener Landtagswahl auch ein neues Aufgabengebiet. Er wechselte vom Wiener Landtag in den Bundesrat. Aus Arbeitnehmersicht sicher von Vorteil, sind doch die Kompetenzen des Bereich Arbeit überwiegend im



Bund angesiedelt. Die spannenden Seminare hielten Referenten der Tiroler AK. Interessant vor allem deswegen, weil die Tiroler AK entgegen dem Bundestrend in den Händen von ÖAAB-FCG ist. Somit gibt es dort schon Reibungspunkte zwischen der

schwarzen AK und der FSG dominierten Gewerkschaft. Zum Abschluss besichtigte der Bundesvorstand Innsbrucker Sehenswürdigkeiten wie u.a. die Andreas Hofer Statue, das Goldene Dachl und abschließend den modernen Tiroler Landtag.

Jahresabschlussfeier der FA OÖ in Wels

Am 27. November hielt die FA OÖ die Landesvorstandssitzung und Jahresabschlussfeier beim GH Obermair in Wimpassing bei Wels ab. Neben dem zweiten Landtagspräsidenten DI Dr. Adalbert Cramer war der neue Welser Bürgermeister Dr. Andreas Rabl als Ehrengast im FA Landesvorstand vertreten. Andreas Rabl berichtete in einem Referat über seine Vorhaben als Welser Bürgermeister.



Rabl berichtete über ernüchternde erste Wochen und Tage als Bürgermeister. Ob Dienstwagen samt Chauffeur, Bürorreinigung oder Pflanzenpflege - als neuer Bürgermeister hinterfragt er alles und verschlankt den aufgeblähten Welser Verwaltungsapparat.



Günther Steinkellner
Landesrat

Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Elmar Podgorschek
Landesrat

Oberösterreich mobil machen

Mit Günther Steinkellner ist ein neuer freiheitlicher Landesrat in Oberösterreich nun für das gesamte Verkehrswesen zuständig und bündelt die Verantwortlichkeiten für Infrastruktur, öffentlichen Verkehr, Straßenbau, Verkehrsrecht sowie Brücken- und Tunnelbau. Das Ziel der Infrastrukturpolitik der kommenden Gesetzgebungsperiode ist vor allem das oberösterreichische Gesamtverkehrskonzept umzusetzen und den öffentlichen Verkehr auszubauen. Dazu gehört auch die Erhaltung von Regional- und Nebenbahnen und die Umsetzung einer City-S-Bahn mit Durchbindung zum Hauptbahnhof. Im Bereich des Straßenverkehrs soll unter anderem der Linzer Westring rasch umgesetzt werden, um den Verkehr in der Landeshauptstadt zu entlasten.

Mehr Sicherheit für Oberösterreich

Mit dem Sicherheitsressort übernimmt Elmar Podgorschek als Landesrat ein freiheitliches Kernpolitikfeld, in dem die FPÖ immer zeigt, dass sie die Vorreiterrolle einnimmt, wenn es gilt, die Sicherheit der Bürger zu verbessern.

Podgorschek wird neben der Sicherheit auch für die Feuerwehr, den Zivil- und Katastrophenschutz, das Staatsbürgerschaftswesen, die Wasserwirtschaft und die Gemeindeaufsicht zuständig sein. Ein klares Bekenntnis gibt es zur Sicherheit. Die Exekutive in Oberösterreich soll gestärkt werden, um das Recht der Menschen auf Sicherheit bestmöglich gewährleisten zu können. „Mit der FPÖ in der Verantwortung wird unser Oberösterreich sicherer und damit lebenswerter werden. In Zeiten der steigenden Unsicherheit werden wir dafür sorgen, dass sich die Menschen in unserem Land auch weiterhin wohlfühlen“, sagt Podgorschek zu seinen Zielen als Landesrat.

Heimat im Herzen:

Gemeinsam für unser Land

Drei Regierungsmitglieder der FPÖ arbeiten in Oberösterreich in der Landesregierung in den kommenden sechs Jahren. Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner ist weiterhin für Wohnbau und Naturschutz zuständig. Als neue Bereiche übernimmt er das Familienressort sowie Baurecht und Bautechnik. Wichtige Kompetenzbereiche wurden somit für eine effektive Gestaltung des Wohnbaus in Oberösterreich in einem Ressort vereint.

In der Familienpolitik steht die FPÖ mit Manfred Haimbuchner für ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Familien und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch der Ausbau und die Flexibilisierung der Kinderbetreuung stehen ebenso auf dem Programm, wie die Valorisierung von Familienleistungen. Mit der FPÖ soll die Familie als kleinste Keimzelle der Gesellschaft wieder stark gemacht werden. „Die FPÖ Oberösterreich hat vom Wähler einen klaren Auftrag erhalten, den wir mit aller Kraft umsetzen werden. Die freiheitlichen Landesräte und Mandatäre werden auch weiterhin mit voller Kraft für unser schönes Heimatland arbeiten“, betont Haimbuchner.

Weitere Schwerpunkte der FPÖ: Das Mitspracherecht der Bürger durch di-

rektdemokratische Mittel stärken, längst überfällige Schritte in der Verwaltungsreform angehen.

„Die FPÖ will in Oberösterreich die Verwaltung zukunftsgerichtet aufstellen. Der Bürger hat ein Recht darauf, dass seine Steuergelder effektiv zur Verbesserung der Lebensqualität eingesetzt werden“, so der FPÖ-Landesparteiobmann.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist für die FPÖ zudem die bessere Integration von Ausländern und das Erlernen der deutschen Sprache. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration, daher soll auch die Schulsprache Deutsch sein. Bei mangelndem Integrationswillen sollen Personen mit Migrationshintergrund Landesförderungen gestrichen werden.

Die Menschen. Das Land. Unsere Berufung.



★ Die Freiheitlichen Arbeitnehmer OÖ ★
wünschen

★ **eine besinnliche** ★
Adventszeit, ★

zu den bevorstehenden Festtagen, frohe und glückliche Stunden
im Kreise der Familie, sowie viel Erfolg und Gesundheit für 2016